



Arbeitskampf im CineStar!

Ein Thema für die Politik?

KOMMENTAR

Deutschland braucht den gesetzlichen Mindestlohn!

Der Arbeitskampf der CineStar-Mitarbeiter geht uns alle an: Das ist keine normale Tarifverhandlung. Hier geht es vielmehr um existenzielle Fragen von Beschäftigten: Wer neben dem Studium (!) einen Halbtagsjob auf sich nimmt, muss davon leben können, ohne auf Zuschüsse von Eltern oder Sozialamt angewiesen zu sein. 590 Euro minus Miete und Heizkosten ist weniger als der Hartz-IV-Regelsatz von 374 Euro.

Arbeitgeber, die Löhne wie CineStar zahlen, verhalten sich wie Schmarotzer: Sie nutzen nicht nur ihre Angestellten aus, sondern schädigen auch die Wettbewerber, die anständige Löhne zahlen, und schädigen uns Steuerzahler: Mittlerweile müssen in Deutschland 1,4 Millionen Beschäftigte ihren Lohn durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken, weil ihr Arbeitgeber zu wenig bezahlt. Das kostet jedes Jahr Milliarden Euro – und das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich.

Eine soziale Marktwirtschaft hält das auf Dauer nicht aus. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Es war ein Fehler, dass die Regierung Schröder diesen nicht eingeführt hat. Eine neue SPD-Bundesregierung ab 2013 muss und wird den Mindestlohn im Gesetz verankern!

Andreas Behringer



SPD und Jusos zeigen ihre Solidarität mit den Streikenden im CineStar. Neben 30 CineStar-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren 20 Genossinnen und Genossen vor Ort. Danke an unsere Jusos für die gute Vorbereitung! Und vor allem danke an die Streikenden für ihren solidarischen Einsatz!

Das CineStar am Südbahnhof ist nicht nur das mit Abstand größte Kino in Mainz, sondern auch ein wichtiger Arbeitgeber. Viele Beschäftigte klagen über schlechte Arbeitsbedingungen und unfaire Bezahlung – und veranstalten seit Ende Juni immer wieder Streiktage.

Die Sicht der Streikenden

Die Altstadt-SPD hat hinter die Kulissen geschaut und mit Lara und Christoph gesprochen, die seit drei bzw. sieben Jahren im CineStar arbeiten. Beide haben eine Halbtagsstelle, um sich ihr Studium damit zu finanzieren. (Die Namen wurden von der Redaktion geändert.)

■ Wer arbeitet eigentlich im Mainzer CineStar?

■ Lara: Das CineStar Mainz hat derzeit rund 130 Mitarbeiter, davon etwa 10 festangestellte. Es sind fast 90% Studierende in der Belegschaft.

■ Welche Stundenlöhne werden derzeit im Mainzer CineStar gezahlt?

Die Sicht des Konzerns

Für ein Gespräch mit der Theaterleitung gab es leider kein grünes Licht aus der Deutschlandzentrale in Lübeck. Auf Nachfrage wurde jedoch ein schriftliches Interview ermöglicht.

■ Wie viele Kinos betreibt CineStar in Deutschland?

■ Unter der Marke CineStar werden 69 Kinos in Deutschland betrieben, vom kleinen Arthouse Filmtheater mit ebenso anspruchsvollem Programm wie Architektur über Kinoperlen mit nur einem Saal, die ausschließlich englische Originale zeigen, bis hin zum klassischen Multiplex, das mit Popcorn-Kino viele Filmfans jeden Alters begeistert.

■ Wem gehört CineStar?

Die Fortsetzung der Interviews finden Sie auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1 Die Sicht der Streikenden

■ Lara: Ein Mitarbeiter an der Kasse, im Einlass oder an der Theke erhält in den ersten sechs Monaten seiner Anstellung 6,81 Euro, später 7,31 Euro. Somit erhalten 78 Prozent aller Mainzer CineStar-Beschäftigten weniger als 7,32 Euro pro Stunde.

■ Wie viel Euro bekommt ein Studierender netto ausgezahlt?

■ Christoph: In den guten Monaten, wenn ich 20 Stunden pro Woche voll zugeteilt bekomme, erhalte ich maximal 590 Euro.

■ Wie sieht es mit Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld aus?

■ Lara: Das ist für die meisten Beschäftigten bisher ein Fremdwort. Bis 2011 wurde uns noch nicht einmal Urlaub gewährt, obwohl das Gesetz mindestens 20 Tage bezahlten Urlaub pro Jahr vorschreibt.

■ Was sind Ihre Forderungen?

■ Christoph: Der Hauptstreitpunkt sind die Löhne. Hier fordern wir eine faire Entlohnung ab 9 Euro pro Stunde. Ferner fordern wir Weihnachtsgeld und Urlaub wie in anderen Tarifverträgen der Kinobranche. Da das Kino überwiegend von Studenten am Laufen gehalten wird, soll es zudem möglich sein, für Prüfungsphasen oder Auslandssemester zu pausieren. Bis jetzt wurde man gekündigt und zum Anfangsgehalt von 6,81 Euro wieder eingestellt.

■ Wer von Ihnen streikt und wer nicht?

■ Christoph: Etwa 80 Prozent der Servicekräfte gehen in der Regel mit nach draußen.

■ Lara: Die meisten, die streiken, sind aus den unteren Lohngruppen. Leider stehen nur wenige Mitarbeiter aus der Projektion, der Theaterleiterassistenten, der Abrechnung oder der Ebenenleitung mit vor der Tür. Dies würde noch mehr Druck auf die Geschäftsleitung ausüben.

■ Wie reagiert der Arbeitgeber?

■ Christoph: Seit dem ersten Verhandlungstag sind in unserem Betrieb Leih-Arbeiter einer Sicherheitsfirma im Einsatz, die ganztätig am Abruf sind. Im Streikfall kommen diese dann aus ihrem Warteraum und kompensieren den Arbeitsausfall der Streikenden. Am meisten regt uns dabei auf, dass sie 9 Euro pro Stunde verdienen, genau so wie wir es für uns im Tarifvertrag fordern. Nimmt man die Gebühren der Firma noch dazu, hat CineStar Kosten bis zu 15 Euro je Stunde.

■ Wer unterstützt Sie?

■ Lara: Die Gewerkschaft verdi und die SPD helfen uns.

■ Wie können die Kinobesucher Sie unterstützen?

■ Christoph: Wir führen eine Unterstützerliste, für die wir bei jedem Streik Unterschriften sammeln. Wir wissen aber auch, dass unser Arbeitgeber eigentlich nur einsichtig wird, wenn ihm die Umsätze von den Kassen und Theken nicht mehr gefallen.

Fortsetzung von Seite 1 Die Sicht des Konzerns

■ Es gibt nicht den CineStar-Konzern, sondern unter der Marke CineStar treten in Deutschland eine Reihe von Gesellschaften auf, die keiner einheitlichen Gruppe angehören. Die Muttergesellschaft ist die australische Amalgamated Limited Holding (AHL).

■ Wie viel Umsatz und Gewinn macht CineStar in Deutschland?

■ Über Umsatz und Gewinn der einzelnen Gesellschaften geben wir keine Auskünfte. Uns ist nicht bekannt, dass andere Unternehmen und Institutionen entsprechende Angaben veröffentlichen.

■ Welche Stundenlöhne werden derzeit im Mainzer CineStar gezahlt?

■ Der Anteil, der Mitarbeiter, die 7,50 Euro und niedriger verdienen, liegt bei elf Prozent. Die Mehrzahl der Mitarbeiter verdient zwischen 7,50 Euro und 12,16 Euro in der Spitze. Der durchschnittliche Stundenlohn in Mainz im abgelaufenen Geschäftsjahr liegt bei 11,50 Euro! Bei den 6,81 Euro handelt es sich ausschließlich um den Lohn in der Probezeit für ungelehrte Servicekräfte. Die Feiertags- und Nachtzuschläge von 50 bis 100 Prozent des Stundenlohns, die kostenlosen Kinobesuche plus Begleitung und der bezahlte Urlaub, natürlich nicht hinzugerechnet.

■ Was verdient ein Geschäftsführer von CineStar?

■ Bitte verstehen Sie, dass konkrete, personenbezogene Gehaltsangaben von uns nicht veröffentlicht werden,

egal um welche Position es sich dabei handelt.

■ Was würde passieren, wenn Sie auf die Forderungen der Streikenden eingehen?

■ Vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen in das Haus und der notwendigen Renovierungen in siebenstelliger Höhe, die letztendlich auch der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Hauses und somit auch der Arbeitsplätze der Mitarbeiter dienen, sind diese Forderungen schlichtweg nicht darstellbar.

■ Würden Sie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (8,50 Euro pro Stunde) begrüßen?

■ Wir als Unternehmen sehen an dieser Stelle keinen Raum für eine politische Grundsatzdiskussion. Wir sind aber der Auffassung, dass man so eine Diskussion nicht einfach pauschal, sondern sowohl branchenbezogen als auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher regionaler Gegebenheiten und Unterschiede der Standorte führen muss. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro würde eine bestimmte Anzahl unserer Standorte in der Fläche definitiv stark gefährden.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

SPD Mainz-Altstadt
c/o Andreas Behringer
Dagobertstr. 7
55116 Mainz

Die Autoren:

Andreas Behringer, Ulla Bredde-Hoffmann, Jörg Eibeck, Christiane Leonhardt

Gestaltung:

Stephan Vormerker
www.vormerker-kommunikationsgestaltung.de

Kontakt:

info@spd-mainz-altstadt.de

Internet:

www.spd-mainz-altstadt.de

WER HAT RECHT?

Die Angaben der Streikenden und des Konzerns zum aktuellen Stundenlohn stehen in krassem Widerspruch – trotz unserer Nachfragen. Wir können dies nicht nachprüfen. Aber wir können mitteilen: 130 Mainzer Mitarbeiter, die überwiegend halbtags arbeiten, ergeben rund 150.000 Arbeitsstunden pro Jahr. Laut Konzern werden nur 11 Prozent unter 7,50 Euro bezahlt. Das wären 16.500 Stunden. Selbst eine Erhöhung um 2 Euro pro Stunde würde nur 33.000 Euro im Jahr kosten. Dies kann unmöglich die oben genannten Millionen-Investitionen in Mainz gefährden. Wenn wirklich nur so wenige Dumping-Löhne gezahlt werden, wäre ein Mindestlohn von 8,50 Euro für CineStar quasi aus der Portokasse bezahlbar.



Kein Ludwigshafen an der Ludwigsstraße!

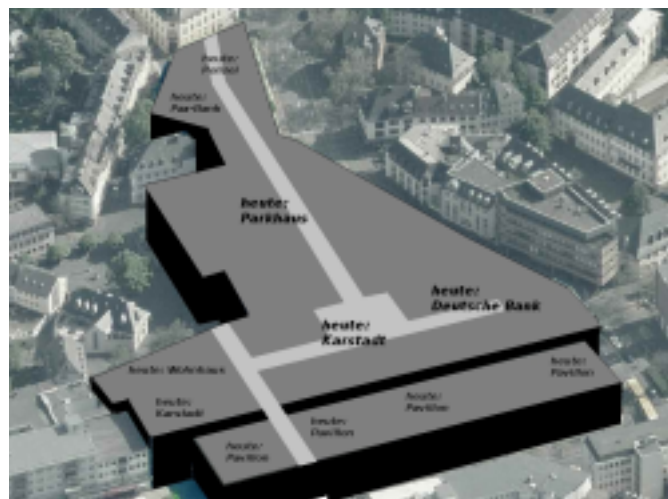
Der Immobilien-Konzern ECE möchte südlich der Ludwigsstraße eine Shopping-Mall errichten, die dreimal so groß ist wie der heutige Karstadt. Die SPD spricht sich gemeinsam mit der Bürgerinitiative, den Einzelhandels- und Architektenorganisationen, dem Ortsbeirat, dem Gestaltungsbeirat und vielen Bürgerinnen und Bürgern gegen eine Shopping-Mall aus – und für ein offenes Stadtquartier, das aus einem Warenhaus (Karstadt), Läden, Wohnungen und einem Kindergarten besteht.

Dass das Modell "Shopping-Mall" ein Auslaufmodell ist, beweisen die jüngsten Zahlen aus Ludwigshafen. Dort hat ECE eine Mall in Reinform verwirklichen können. Es gab keine Stadt und keine Bürgerinitiative, die nennenswerte Vorgaben gemacht hat. ECE konnte sich in Größe und Bauweise austoben – und hat dennoch erhebliche Probleme:

25.000 Besucher pro Tag wurden von ECE prognostiziert. Tatsächlich sind es laut ECE (!) im Durchschnitt nur 14.829. ECE hat die Besucherzahlen also um knapp 70% zu hoch angesetzt.

Darunter leiden natürlich die Geschäfte in der Shopping-Mall. Deren Inhaber beschwerten sich öffentlich. Sogar der "Ankermieter" Migros beklagt geringe Kundenfrequenz und Umsätze. Lokal- und Fachpresse veröffentlichten schlechte Schlagzeilen (siehe z. B. Immobilienzeitung vom 17. Mai 2012: "Ludwigshafen – maue Frequenz in der Rhein-Galerie").

Das Ludwigshafener ECE ist also kein Magnet geworden. Noch schlimmer: Statt neue Kundschaft nach Ludwigshafen anzuziehen, gehen die Besuche der Rhein-Galerie auf Kosten des bestehenden



Diese Ausmaße beansprucht ECE in Mainz für eine Shopping-Mall
Grafik: Bürgerinitiative Ludwigsstraße e.V. (bi-lu.de)

Einzelhandels. Gerade in den letzten beiden Jahren sind die Leerstände in Ludwigshafen extrem angestiegen, beispielsweise durch die Schließung von Kaufhof oder durch den Umzug von H&M in die Rhein-Galerie (siehe z. B. Analyse in der Rheinpfalz vom 28. Februar 2012).

Fazit: Die ECE-Shopping-Mall in Reinform war für Lud-

wigshafen ein Reinfluss. Wir sollten in Mainz gut aufpassen, denn wir haben viel zu verlieren. ECE ist uns in Mainz als Investor herzlich willkommen – aber nicht mit einem städtebaulichen und ökonomischen Auslaufmodell.

Andreas Behringer

Stadtquartier statt Shopping-Mall: Das fordert die Altstadt-SPD für die Ludwigsstraße

Wir begrüßen eine städtebauliche Neuordnung auf dem Karstadt-Areal. Diese muss eine urbane Mischung aus Einkaufen, Wohnen und Arbeiten gewährleisten. Das altstadt-typische System aus Straßen, Gassen und Plätzen ist fortzuführen. Dies schließt eine „Shopping Mall“ aus.

Die wichtigsten Punkte, die der Investor berücksichtigen soll:

- Die Verkaufsfläche im geplanten Quartier darf 25.000 qm nicht übersteigen; hierin sind Einzelhandel, Gastronomie und sonstige Dienstleistungen enthalten.
- Das Quartier soll das bestehende Einzelhandelsangebot ergänzen, keinesfalls kopieren.

■ Eine Verlagerung bestehender Geschäfte in das Quartier ist vertraglich auszuschließen.

■ Fuststraße, Bischofsplatz und Eppichmurgasse bleiben uneingeschränkt als öffentliche Flächen erhalten.

■ Das Einkaufsquartier ist durch neu zu schaffende öffentliche Gassen zu erschließen. Diese ersetzen den Wegfall öffentlicher Flächen an der Ludwigsstraße.

■ Der Zugang zu den Geschäften hat ausschließlich über öffentliche Flächen (Straßen, Gassen, Plätze) zu erfolgen.

■ Im Baufeld, auf dem heute das Parkhaus steht sollen vor allem Wohnungen entstehen.

■ Eine Neubebauung am Bischofsplatz muss an das frühere Bischöfliche Palais erinnern.

■ Das Quartier ist baulich so zu konzipieren, dass es mit vertretbarem Aufwand auf spätere Nutzungsänderungen reagieren kann. Dies erweist sich auch im Sinne der Ressourcen-Schonung als unverzichtbar. Der Weißlilienengassen-Flügel der Deutschen Bank ist aus Gründen der Nachhaltigkeit zu erhalten.

■ Beim Bau und Betrieb der Gebäude sind die gegenwärtig höchst möglichen

ökologischen Standards zu gewährleisten. Insbesondere Energie- und Wasserverbrauch sowie Emissionen sind unter den Gesichtspunkten von Effizienz und Suffizienz zu minimieren.

■ Der Investor hat Maßnahmen vorzuschlagen, die im Einkaufsquartier den tarifgebundenen und inhabergeführten Einzelhandel fördern und dort Dumping-Löhne sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse unterbinden.

Unsere vollständige Stellungnahme zu den Ludwigsstraßen-Leitlinien finden Sie auf

www.spd-mainz-altstadt.de

Ortsbeiratsarbeit – Unmögliches wird sofort erledigt ...



Die SPD hat sich für die Bürgerbeteiligung stark gemacht

Viele Bürgerhinweise gehen ein bei den Ortsbeiratsvertreter/inne/n der Altstadt-SPD und bei Ortsvorsteherin Ulla Brede-Hoffmann.

Verschandlung am Rheinufer, Fahrradfahrer im Fußgängerbereich der Rheinpromenade, verdreckte, un gepflegte, zerstörte Grünflächen, besonders auch im Rheinuferbereich, Falschparker an Rheinufer und Uferstraße, und vieles mehr.

Alles wird bearbeitet. Oft mit Erfolg! So gibt es keine hässliche Schwimmpattform vor dem Fischtorplatz mehr, keine unpassende Nutzung der baumbestandenen Fläche auf Höhe Fischtorplatz am Rheinufer während der Bierbörse, viele Lösungsversuche

zur Eindämmung der Falschparker im Rheinuferbereich, Nachpflanzungen und effektivere Grünpflege im Bereich der Rheinpromenade.

Gute Lösungen wurden gefunden bei Ortsterminen der Ortsbeiratsmitglieder mit Verwaltungsvertretern; beispielsweise die Bodenkennzeichnungen gegen falsch fahrende Radfahrer und vieles mehr.

Und dann gibt es noch die großen Probleme:

Eine neue Kita am Hopfengarten muss entstehen, doch zuvor galt es Konflikte um die Nutzung des großen Spielplatzes im Innenhof Hopfengarten zu lösen. Ortsbeiratsvertreter und Ortsvorsteherin schlugen eine Lösung zur gemeinsamen Nutzung vor, die dann zu einer einvernehmlichen Planung führte. Nun muss nur noch gebaut werden. Die Ungeduld von Kindern, El-

tern und Ortsbeiratsmitgliedern ist groß. Die Ortsvorsteherin drängelt bei der Mainzer Aufbau Gesellschaft (MAG), die für den Bau verantwortlich ist.

Stadt und Land haben große Pläne für ein archäologisches Zentrum im Bereich der Nachbarschaft zu Römerschiffmuseum und Neutorschule.

Die Ortsbeiratsmitglieder und die Ortsvorsteherin warben für den Erhalt der Neutorschule, für eine gute Lösung um das Vereinsheim der Altstadtbauern zu erhalten, für eine städtebauliche Lösung, die den traditionellen Weg hin zum Stadtpark erhält und sich harmonisch in die historische Stadteingangssituation an der Neutorstraße einfügt.

Alles deutet nun auf einen großen Erfolg für diese Bemühungen der Altstadt-SPD-Vertreter/innen. Die Neutorschule und die Bäume im Schulhof bleiben erhalten, die Altstadtbauern erhalten wieder Räume in der Neu-

torschule, der Neubau schafft wieder einen großen Altstadtplatz und bildet ein attraktives städtebauliches Ensemble mit dem Römerschiffmuseum.

Und noch ein Erfolg für die Bemühungen der SPD-Altstadt-Vertreter: Am 22. August wird die Planung in einer Bürgerveranstaltung vorgestellt. Wieder hat sich die Altstadt-SPD durchgesetzt mit der Forderung nach Bürgerbeteiligung.

Nicht nur beim Großprojekt ECE an der Ludwigsstraße. Auch bei der Planung des archäologischen Zentrums. „Es lohnt sich, sich einzubringen, Vorschläge zu erarbeiten, Forderungen zu formulieren“, so das Resümee des SPD-Fraktionssprechers Stephan Vormerker und der Ortsvorsteherin Ulla Brede-Hoffmann.

Wer sich mit guten Ideen an dieser Arbeit beteiligen möchte, der kann das tun unter

fraktion@spd-mainz-altstadt.de

Ulla Brede-Hoffmann

Wussten Sie, dass Ortsbeiratssitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden?

Nur ein kurzer Zeitraum von ca. 30 Minuten zu Beginn der Sitzung ist nicht-öffentlich, sodass fast ausnahmslos der öffentliche Teil um 17.30 Uhr beginnt. Im Rahmen der Bürgerfragestunden besteht die Gelegenheit, Fragen an die Mitglieder des Ortsbeirats zu stellen und auf Themen aufmerksam zu machen, die Sie als Bürger

beschäftigen. Machen Sie sich nach dem Motto „Politik zum Anfassen“ aus erster Hand ein Bild, mit welchen Themen sich die Mitglieder des Ortsbeirats befassen und wie Ihre Interessen vertreten werden.

Neben den bereits in dieser Ausgabe berichteten Themen beschäftigte sich der Ortsbeirat durch Anfragen und Anträge in 2012 außerdem (auszugsweise genannt):

Keine Bewohnerparkplätze für Außenbewirtschaftung

Vor Beginn der Sommersaison, während der die

Gastronomen ihre Kunden gerne im Freien bewirten, baten wir die Verwaltung in der Altstadt keine Bewohnerparkplätze in Flächen für die Außenbewirtschaftung umzuwandeln

Illegales Parken und Befahren am Rheinufer unterbinden



Das Rheinufer wird bei vielen Veranstaltungen in

der Rheingoldhalle, also auch bei Ausstellungen und Messen als Parkraum genutzt. Da die Ausnahmegenehmigungen, die offenbar von der Stadt vergeben werden, von den Begünstigten intensiv und ohne jede Beschränkung genutzt werden, entwickelt sich die Promenade zu einem Dauerparkplatz, was im Widerspruch zu dem Bedarf der Mainzer Bevölkerung nach ungestörter Nutzung eines ihrer wenigen innerstädtischen Erholungsgebiete steht.

Jörg Eibeck

Die nächsten Sitzungen finden statt am:

22.08.2012, 17.00 Uhr
17.10.2012, 17.00 Uhr
28.11.012, 17.00 Uhr

jeweils im Rathaus, Erfurter Zimmer